Bürgerkrieg in Jugoslawien - Nationalismus und Konterrevolution

Genschers Zögling Tudjman im völkermörderischen, nationalistischen Krieg

Die historische Tragödie des Zusammenbruchs der UdSSR fand auf dem Balkan ihre Parallele mit dem blutigen Ende der jugoslawischen Föderation. Sowohl in der Sowjetunion als auch in Jugoslawien brachte die Zerstörung der bürokratisierten Arbeiterstaaten eine Unzahl kleiner Formationen hervor, die sich als kapitalistische Staaten in unterschiedlichen Stadien der Konsolidierung befinden. Das Banner der Bewegung für die kapitalistische Restauration ist in ganz Osteuropa das Banner des blutigen Nationalismus gewesen, das die Forderung zur Wiedereinführung der Marktwirtschaft mit miteinander konkurrierenden und zumeist unvereinbaren territorialen Bestrebungen verbindet.

Die grausamen nationalistischen Kämpfe, die Jugoslawien zerrissen haben, sind ein reaktionärer Rückschritt für die Völker des Balkans. Leninisten erkennen das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung und das Recht aller Völker auf Selbstverteidigung an. Die Achse der Konflikte auf dem Balkan ist heute jedoch ein Kräftemessen der rivalisierenden protokapitalistischen Regime untereinander, um ihre Gebiete in brudermörderischen Kämpfen auf Kosten der Nachbarn zu vergrößern. Die Arbeiter haben in solchen Auseinandersetzungen nichts zu gewinnen.

Die uralten nationalen Feindseligkeiten, lange vom titoistischen föderalistischen Staat unterdrückt, drohen wieder einmal, die Region in einem Blutbad zu ertränken. Die Geschichte beweist, daß solch ein vergiftender nationalistischer Waffengang vermeidbar ist. Mehrere Jahrzehnte lang, seit Gründung des multinationalen jugoslawischen deformierten Arbeiterstaates, gab es eine Tendenz zur Integration der Völker in einer Region, deren Name historisch gleichbedeutend mit interethnischem Streit und Blutbad gewesen war.

Die Serben, größte unter den verschiedenen Nationalitätengruppen, waren innerhalb der jugoslawischen Föderation dominierend und stellten 70% des Offizierskorps der Bundesarmee. Im Gegensatz zum offen national-chauvinistischen Wesen des sowjetischen Stalinismus, das sich in der Vorherrschaft der großrussischen Bürokratie ausdrückte, hatte der Stalinismus in Jugoslawien immer einen genuin föderalistischen Charakter. Die von Josip Broz Tito geführte Partisanenarmee, die den Nazis im Zweiten Weltkrieg erfolgreich Widerstand leistete, umfaßte Mitglieder aller Nationalitäten. Der herrschende Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BKJ) versuchte bewußt, die nationalistischen Gegensätze zu entschärfen. Mit dem Verfall und Zusammenbruch des föderalistischen Staates sind die Völker des Balkans, die Jahrzehnte in relativem Frieden zusammenlebten, wieder in einem tragischen Teufelskreis von sinnlosem Blutvergießen gefangen.

Jugoslawien und Albanien sind die einzigen beiden Länder in Europa, in denen nach dem Krieg stalinistische Parteien ohne direkte Intervention der sowjetischen Armee an die Macht kamen.

Fortsetzung auf Seite 10

Griechenland, Ungarn und Bulgarien einbeziehen könnten. Einige Wochen vor dem gescheiterten Putsch in der UdSSR ermahnte die Sowjetbürokratie die EG, ihre Finger von Jugoslawien zu lassen; eine militärische Intervention könne zu einem "gesamteuropäischen" Konflikt führen (Financial Times 07.08.91). Mit Jelzin am Ruder müssen sich die großen kapitalistischen Mächte keine Sorgen mehr um die Russen machen.

Doch trotzdem waren die Imperialisten geteilter Meinung, wie auf die Balkan-Ereignisse zu reagieren sei. Britannien, Frankreich und die USA, wachsam angesichts der deutschen Expansion in der Region, bemühten sich so gut es ging, eine Art Föderation zu erhalten. Einige der EG-Imperialisten sind auch besorgt über die möglicherweise destabilisierenden Implikationen einer Unterstützung der "nationalen Befreiungs"-Rhetorik. Die Briten wollen keine Präzedenzfälle für die schottischen Nationalisten oder die Republikaner in Nordirland schaffen. Den Franzosen geht es so mit den Korsen und die Spanier sind besorgt wegen der Basken und Katalanen.

Doch als sich der Konflikt zwischen Serbien und Kroatien verschärfte, wurde klar, daß es keine Hoffnung mehr auf irgendeine bundesstaatliche Lösung gab. Nach einer Reihe fehlgeschlagener Versuche, einen Waffenstillstand zu erreichen, zwangen schließlich die deutschen Imperialisten, die sich gern an den faschistischen Lakaienstaat Kroatien im Zweiten Weltkrieg erinnern, die EG zur Anerkennung der abgespaltenen Staaten. Deutschland war auch für eine militärische Intervention zugunsten der Kroaten - wenn auch vorzugsweise ohne deutsche Truppen. Auch diesen Punkt bekamen sie durch, indem die Vereinten Nationen das Feigenblatt für die imperialistische Intervention abgeben.

Die 14 000 köpfige UNO-"Friedenstruppe" besteht aus Bullen und Soldaten der imperialistischen Mächte und ihrer Lakaien - inklusive 900 Russen. Der imperialistische Einsatz wird die erbitterten nationalen Gegensätze in dieser Region nicht lösen können. Auf lange Sicht kann er nur reaktionäre Folgen haben. Es ist die Pflicht von Marxisten, sich gegen die UNO-Intervention zu stellen und dafür zu kämpfen, daß die Imperialisten ihre blutbefleckten Finger vom Balkan lassen.

Für eine multinationale leninistische Partei

Im Moment sieht die nahe Zukunft für die Region trostlos aus. Der einzige Weg aus diesem Abstieg in ein sektiererisches Blutbad ist die Vereinigung der Werktätigen über nationale Linien hinweg und gegen die tödliche Logik des bürgerlichen Nationalismus. Revolutionäre müssen sich gegen Milosevics Versuche wenden, ein Großserbien zu errichten und sich gleichzeitig gegen Versuche kroatischer Reaktionäre stellen, die Serben und andere Minderheiten in einem wiedergeborenen Ustascha-Staat zu unterdrücken. Die Restauration des kapitalistischen Eigentums und die Konsolidierung des Wirrwarrs der verschiedensten Balkan-Regime stellen eine tödliche Gefahr für alle Völker dieser Region dar. Jedes dieser Regime benutzt die Unterdrückung seiner Landsleute außerhalb seiner Grenzen als Vorwand, um mehr "Lebensraum" auf Kosten seiner Rivalen zu bekommen.

Tragischerweise ist der multinationale deformierte Arbeiterstaat, der von Tito geschaffen wurde, zusammengebrochen. Zu diesem Zeitpunkt gibt es dort keine Kraft, die auch nur in deformierter Weise die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Im Moment sind die Werktätigen auf allen Seiten in der mörderischen Logik der nationalistischen Pogrome gefangen. Doch nicht jeder im ehemaligen Jugoslawien nimmt den Brudermord ohne Protest hin. Im Juni gab es große Demonstrationen von serbischen Frauen in Belgrad, die sich dagegen wandten, ihre Söhne in einem Unternehmen zu verlieren, das sie als sinnlos ansahen. Revolutionäre müssen versuchen, solche Stimmungen als Ansätze für den Kampf zu nutzen, die Welle des reaktionären bürgerlichen Nationalismus und der kapitalistischen Restauration zurückzudrängen.

Wie ihre Klassenbrüder in ganz Osteuropa erfahren die Werktätigen des Balkans schon heute, daß kapitalistische Restauration für viele Hunger und Not bedeutet, nur damit eine Handvoll Parasiten reich werden kann. Es kommt darauf an, daß die Arbeiter ihre Erfahrungen verallgemeinern und die Lehren ziehen. Sie müssen dem Ansinnen der Reaktionäre, die noch mehr Blutvergießen fordern, eine Abfuhr erteilen und stattdessen den Sturz der Regime organisieren, die sie noch tiefer in den Dreck ziehen. Die Feinde der Werktätigen einer bestimmten Nation sind nicht die Arbeiter der anderen Nationen des Balkans, sondern ihre "eigenen" prokapitalistischen, nationalistischen Führer, Geldhaie und Spekulanten, die Vorreiter einer künftigen neo-kolonialen herrschenden Klasse.

Marxisten kämpfen gegen jede Form nationaler Unterdrückung; aber die gegenwärtigen nationalistischen Konflikte in der ehemaligen jugoslawischen Föderation sind zum größten Teil Kämpfe um Gebiete mit stark vermischten Völkerschaften. Der Sieg einer Nation muß die Unterdrückung der anderen nach sich ziehen. In einer solchen Situation nehmen Marxisten die Position des *revolutionären Defätismus* ein. Was heute im Balkan fehlt ist der Kern einer revolutionären Führung mit einem Programm, das den beginnenden Zorn über die Verwüstungen der kapitalistischen Restauration und die barbarische nationalistische Kriegsführung in klassenbewußte Aktion verwandelt.

Revolutionärer Internationalismus ist die einzige Alternative zu kommunalem Massenmord und kapitalistischer Verelendung. Die Lösung der komplexen Probleme, die sich durch das verwickelte Mosaik von Völkern ergibt, das sich fast über den ganzen Balkan erstreckt, kann gerecht nur durch die Schaffung einer freiwilligen, sozialistischen Föderation der Völker dieser Region erreicht werden.

Um die nationalistischen Pogromisten zu bekämpfen, ist es notwendig, Arbeitermilizen zu schaffen, deren Aufgabe es ist, kommunalem Terror aus jedem Lager zu begegnen. Die Arbeiter der ehemaligen jugoslawischen Föderation müssen sich gegen jeden Schritt in Richtung Etablierung des Marktes wenden und für die Wiederherstellung einer zentralen Planwirtschaft kämpfen, die aber dieses Mal auf der Grundlage der Arbeiterdemokratie und nicht auf der Grundlage der stalinistischen Kommandowirtschaft funktioniert.■

(*aus 1917 11*)

LRKI: Konsistente Stalinophobie

Die Liga für eine Revolutionäre Kommunistische Internationale (LRKI), mit Hauptsitz in den Büros der britischen Workers Power Gruppe, ist eine von jenen linken Organisationen, die die Tragweite der jüngsten Ereignisse auf dem Balkan nicht begreifen können. Trotz der Zerstörung des jugoslawischen Staates durch brutalen nationalistischen Krieg und bürgerliche Konterrevolution erklärte die Oktober-Ausgabe 1991 von Workers Power (WP):

> "Trotz des prokapitalistischen Charakters der nationalen Regierungen und jahrzehntelangen Marktreformen bleibt Jugoslawien im Moment ein degenerierter Arbeiterstaat".

Dies wurde implizit in der Januar-Nummer wiederholt, die von einer "bonapartistischen Bürokratie" in Serbien sprach und zum "Sturz der bürokratischen und bürgerlichen Regierungen" in dieser Region aufrief.

Ihre falsche Position ist schlimm, aber ihre programmatischen Schlußfolgerungen sind schlimmer. Die LRKI sieht keinen Widerspruch darin, zum einen zu behaupten, Milosevic stünde an der Spitze eines Rumpf-Arbeiterstaates, andererseits jedoch die offen konterrevolutionären Nationalisten in Kroatien und Slowenien zu unterstützen:

> "Angesichts des Abfallens in mörderischen Chauvinismus müssen zur Zeit die, welche versuchen, die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen, zuerst das legitime Recht Kroatiens und Sloweniens auf Selbstbestimmung und Lostrennung anerkennen. Das heißt Anerkennung ihres Rechtes, sich gegen den von Serbien unterstützten Versuch, sie mit Gewalt in der Föderation zu halten, zu wehren" (WP Oktober 1991).

Im November veränderte Workers Power ohne Erklärung die Linie und erklärte, daß die "Arbeiter zur Zeit keine Seite im Krieg zwischen Serbien und Kroatien beziehen sollten"; aber der rote Faden bei ihren Positionen ist die Weigerung, das zu verteidigen, was sie anscheinend noch immer für einen in Belgrad befindlichen "degenerierten Arbeiterstaat" hielten. Die LRKI ist bekannt für ihre erbärmliche Weigerung, Arbeiterstaaten gegen die Konterrevolution zu verteidigen. Im vergangenen August stellte sie sich auf die Seite Jelzins und der kapitalistischen Restaurateure gegen den stalinistischen Coup in Moskau. Zehn Jahre vorher stand Workers Power Seite an Seite mit Ronald Reagan und Papst Johannes Paul II, als sie Lech Walesas offen konterrevolutionäre Solidarnosc verteidigte.

Workers Powers "Trotzkismus" existiert nur auf dem Papier. Sie bekennen sich zwar zu einer defensistischen Haltung in Bezug auf proletarisches Eigentum, doch fehlt ihnen das politische Rückgrat, um mit den Stalinisten zusammen gegen populäre konterrevolutionäre Bewegungen zu stehen. Falls heute ein deformierter Arbeiterstaat in Jugoslawien (oder in einem Teil davon) existierte, wäre er in einer verzweifelten Situation. Er sähe sich weiteren Gebiets- und Produktivitätsverlusten und einem extrem ungünstigen Kräfteverhältnis im Lande wie international gegenüber. Ihn gegen prokapitalistische Kräfte zu verteidigen, wäre lebensnotwendig. Dies würde keine Unterstützung für nationalistische Pogrome gegen Kroaten oder gegen irgend jemand anderen bedeuten, aber im Gegensatz zu den Zentristen der LRKI, die das Recht auf nationale Selbstbestimmung über die Verteidigung des proletarischen Eigentums stellen, unterstützen Leninisten das Recht der Arbeiterstaaten, Gebiete gegen bürgerlich-separatistische Bewegungen mit Gewalt zu behalten. Heute ist kein Arbeiterstaat auf dem Balkan übriggeblieben, den es zu verteidigen gälte, oder - aus Sicht der Schönwetter-Trotzkisten der LRKI - es gibt keinen Arbeiterstaat, den man im Stich lassen müßte.

Der Defensismus der LRKI ist darauf begrenzt, sich gegen direkte imperialistische Einmischung zu stellen:

> "Jede imperialistische Intervention, unter welchem Deckmantel auch immer, wird darauf abzielen, ein kapitalistisches Kroatien sicherzustellen, um dem, was sie als 'Kommunismus' in Jugoslawien sehen, einen letzten tödlichen Schlag zu versetzen" (ebenda).

Es scheint, als hinge die Opposition der LRKI gegen kapitalistische Restauration von der *Agentur* der Konterrevolution ab. Wenn eine konterrevolutionäre Bewegung genügend Unterstützung aus der Bevölkergung hat, ist die LRKI bereit, mit dieser zusammenzugehen. Trotz ihrer formalen Ablehnung der Dritten-Lager-Politik Tony Cliffs hat Workers Power die Essenz der stalinophoben Methodologie dieses Elternteils beibehalten.

Die Inkohärenz der Spartacists

Die ex-Trotzkisten der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL, dominiert von der Spartacist League/U.S.) hingegen haben auf die Ereignisse auf dem Balkan in der gleichen inkohärenten Weise reagiert, wie sie es auf den Untergang der UdSSR taten. Die Weigerung der Spartacists im letzten Jahr, sich auf die Seite des Anti-Jelzin-Putsches zu stellen, zwang sie dazu, die Bedeutung des Sieges der Konterrevolution zu leugnen. Dies wiederum führt sie zu der Behauptung, daß nichts Entscheidendes passiert sei und weiterhin ein degenerierter Arbeiterstaat auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR existiere. Bis heute benutzen sie weiterhin die Losung der "proletarischen politischen Revolution", die Trotzki für den bürokratisierten sowjetischen Arbeiterstaat entwickelte. Diese Losung wirkt jedoch vollkommen desorientierend, wenn sie auf den von Jelzin geführten, sich entwikkelnden kapitalistischen Staat angewandt wird.

In der Workers Vanguard (WV) Ausgabe vom 9. Mai 1991 wurde über einen Block mit der jugoslawischen Bundesarmee gegen die prokapitalistischen kroatischen Kräfte spekuliert; doch als die nationalistischen Kriege ausbrachen, überlegten sie es sich anders. In den folgenden Monaten verurteilte WV die verschiedenen nationalistischen Formationen, doch wurde keine neue Charakterisierung Jugoslawiens oder seiner Bestandteile gewagt. Zumindest durch diese Auslassung scheint die IKL-Position der der LRKI ähnlich zu sein: Teile oder Jugoslawien insgesamt bleiben ein deformierter Arbeiterstaat, doch sie beziehen keine Seite im Kampf der Bundesarmee gegen die offen prokapitalistischen Kräfte Tudjmans.

Gegen die imperialistische UNO-Intervention

Die europäischen Imperialisten würden Stabilität auf dem Balkan gutheißen. Sie fürchten, daß ein umfassender Bürgerkrieg Konflikte hervorrufen könnte, die Minderheiten bis hinein nach Österreich, Albanien,

ralistische und sozialistische Gesellschaft" zu schützen. Als jedoch die ethnischen Spannungen 1991 wuchsen, wurden viele altgediente nicht-serbische Offiziere durch Serben ersetzt; die Illusionen in den "föderalistischen" Charakter der jugoslawischen Armee waren somit zerstört. Sie war vor allem zur Agentur des serbischen Nationalismus geworden. Während des Konflikts in Kroatien zögerte die Armee nicht, Zentren der Zivilbevölkerung ins Visier zu nehmen. Die kroatische Miliz wurde ausgeschaltet und die Serben gewannen bald die Kontrolle über etwa ein Drittel Kroatiens einschließlich des Hafens von Dubrovnik.

Die Werktätigen Jugoslawiens haben in diesem Konflikt nichts vom Sieg irgendeiner der mörderischen nationalistischen Formationen zu gewinnen. Der sich rapide verschlechternde Lebensstandard der Arbeiter hat in Serbien erhebliche Opposition hervorgerufen. Milosevic hat versucht, die Opposition gegen den Krieg zu unterdrücken, aber Tausende von serbischen Soldaten sind desertiert oder halten sich versteckt, um zu vermeiden, in den schmutzigen Konflikt gezogen zu werden. Im vergangenen Oktober sprach sich Montenegro, Serbiens engster Verbündeter, gegen den Einsatz seiner Reservisten im Feldzug gegen Kroatien aus.

Jugoslawien: kein Arbeiterstaat mehr

Viele der vorgeblich revolutionären Linken haben Tudjmans konterrevolutionäres kroatisches Regime unterstützt; andere reagierten mit Konfusion und Agnostizismus. Heute gibt es in allen wichtigen Fragmenten des ehemaligen Jugoslawiens offen prokapitalistische Regime. Darüberhinaus ist die Struktur des Bundesstaates zusammengebrochen, und die ökonomische Koordinierung zwischen den Republiken wurde eingestellt. Weder das gesamte Jugoslawien noch irgendein wesentlicher Bestandteil desselben bleiben als deformierter Arbeiterstaat bestehen. Natürlich gibt es Reste der alten Staatsstrukturen, aber der Staat als solcher, als ein Gebilde zur Verteidigung und Erhaltung der kollektivisierten Wirtschaft, existiert nicht mehr.

Die Regierungen Sloweniens und Kroatiens, die im Juni 1991 ihre Unabhängigkeit erklärten, waren offen prokapitalistisch. Sie zeigten einen klaren Bruch mit den republikanischen Bestandteilen des titoistischen BKJ an, den sie in den Wahlen 1990 geschlagen hatten. Der demoralisierte Rest der alten stalinistischen Ordnung wurde durch Säuberungen und Umstrukturierung der Staatsapparate aufgelöst. Die neuen Regime stützten sich auf Polizei und Milizen, die in politischer Opposition zur Bundesarmee gegründet wurden. Offensichtlich stellen diese neuen rechten Regime sich entwickelnde bürgerliche Staaten dar.

Zunächst wandte sich Milosevic gegen die Lostrennung von Slowenien und Kroatien und beruft sich nun auf die Kontinuität des alten jugoslawischen Staates. Daher wird der serbische "starke Mann" gelegentlich von den bürgerlichen Medien als einer der letzten "Kommunisten" in Europa bezeichnet. Der kroatische Präsident Tudjman hat manchmal versucht, den Konflikt mit Serbien als Kampf gegen den "Kommunismus" darzustellen. Aber das ist so absurd, daß selbst die kroatischen Rechten der HDZ diese Interpretation nicht vehement vertreten. Sie wissen, daß sie gegen Serben kämpfen - nicht gegen Kommunisten.

Im Gegensatz zu Kroatien und Slowenien wurde Milosevics Regime nicht in solch einem offenen politischen und militärischen Gegensatz zur stalinistischen Vergangenheit gegründet. Es existiert eine beachtliche organisatorische Kontinuität zwischen dem BKJ und der Serbischen Sozialistischen Partei. Außerdem werden Milosevics demagogische Herangehensweise und Rhetorik von der Präsenz eines politischen Opponenten, Vuk Draskovic, bedingt, der als Führer der Serbischen Erneuerungsbewegung eine große rechte Anhängerschaft besitzt. Dies ändert nichts an der Tatsache, daß Milosevic ein kapitalistischer Restaurateur an der Spitze eines kapitalistisch-restaurativen Regimes ist. Er gibt auch nicht vor, irgend etwas anderes zu sein.

Die kapitalistische Restauration in Jugoslawien verlief über die Achse der nationalistischen Polarisierung, und der Anhänger der Marktwirtschaft, Milosevic, hat dieses nationalistische Gift ebenso intensiv verwendet wie alle anderen Politiker in der Region. Indikativ dafür ist seine Bereitschaft, sich mit den Proto-Faschisten der serbischen Tschetnik-Milizen zusammenzuschließen. Mitte der 80er Jahre kam Milosevic im serbischen BKJ auf einem Programm der chauvinistischen Opposition gegen den Föderalismus des titoistischen Flügels der Partei an die Macht. Ebenso wie Tudjman und alle anderen angehenden kapitalistischen Politiker in Osteuropa verspricht er die Einführung der Marktwirtschaft ohne soziale Opfer.

Die Konsolidierung einer neuen bürgerlichen Staatsmacht ist in Serbien noch nicht so weit wie in Kroatien und Slowenien vorangeschritten. Die jugoslawische Armee bleibt, obwohl sie mit Milosevic verbündet ist, bis zu einem gewissen Grad unabhängig von seinem Regime. Doch keine Regierungs- oder Militärangehörigen haben versucht, das kollektivisierte Eigentum zu verteidigen. Serbiens Krieg gegen Kroatien war ein Krieg, um ein kapitalistisches Großserbien aufzubauen. Mit dem Zerfall der entscheidenden föderalistischen Einrichtung der Wirtschaftsplanung stehen bei der Schaffung eines neuen serbischen Nationalstaates alle Zeichen auf Kapitalismus und Austerität der freien Marktwirtschaft. Alle bedeutenden Elemente der serbischen Bürokratie haben die Hoffnung aufgegeben, ihre Privilegien durch Planwirtschaft aufrechtzuerhalten.

Während der längsten Zeit seiner Geschichte war Jugoslawien kein sowjetischer Satellit; der jugoslawische Stalinismus fand vielmehr eine Nische, in der er von den Spannungen zwischen dem Imperialismus und der UdSSR profitieren konnte. Das Ende der Sowjetunion bedeutet, daß diese Nische nicht mehr existiert. Die Apparatschiks der serbischen Republik wissen, daß ihre größte Hoffnung im Aufbau eines kapitalistischen, serbischen Nationalstaates liegt, der in den Weltkapitalismus integriert ist. Einer der Gründe, der die Etablierung eines deformierten Arbeiterstaates in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglichte, war die ökonomische und militärische Vormachtstellung der Sowjetunion in dieser Region. 1992, nach dem Zusammenbruch der UdSSR, sieht die Welt jedoch ganz anders aus. Die Annahme, daß ein neuer, spezifisch serbischer deformierter Arbeiterstaat entstanden ist, kann, inmitten des gegenwärtigen Chaos und der breiten, starken Bewegung in Richtung Kapitalismus in Jugoslawien und Osteuropa insgesamt, kaum ernst genommen werden.

munistische Listen an die Macht, die sich die Unabhängigkeit vom serbisch-dominierten Bundesstaat auf die Fahne geschrieben hatten.

Im Juli 1990 fusionierte der serbische BKJ, unter Führung des Ultra-Chauvinisten Slobodan Milosevic, mit seiner eigenen Massen-Frontorganisation und änderte den Namen in Serbische Sozialistische Partei. Ihr gelang es fünf Monate später gewählt zu werden. Die Serbische Sozialistische Partei nutzte ihre Möglichkeiten, die Regeln zu bestimmen, kandidierte auf einem sozialdemokratischen Programm und spielte ihre historische Verbindung mit Titos BKJ herunter.

Milosevic hat mit Hilfe des serbischen Chauvinismus eine politische Karriere gemacht. Im Juli 1990 widerrief seine Regierung die Autonomie der überwiegend albanischen Provinz Kosovo, löste deren Provinzparlament auf und begann mittels Polizeiterrors die Macht auszuüben. Streiks wurden verboten, und Albaner wurden im gesamten Verwaltungsapparat durch Serben ersetzt. Albaner, die ihre Arbeitsplätze behalten wollten, wurden gezwungen, Loyalitätserklärungen für Serbien zu unterschreiben. Gut 60 000 albanische Arbeiter, die sich weigerten, kündigten oder wurden gefeuert.

Die brutale Unterdrückung der Albaner im Kosovo war der erste in einer Reihe von interethnischen Konflikten, die die Region seither erschüttern. Die Angriffe auf Kosovo und Vojvodina (eine Region im nördlichen Serbien mit einer großen ungarischen Minderheit) lösten in den übrigen Republiken einen Schrei der Entrüstung gegen den serbischen Expansionismus aus. Die slowenische Regierung griff sowohl den serbischen Chauvinismus als auch Milosevics Taktik der Massenmobilisierung von serbischen Minderheiten in den anderen Republiken offen an.

Rechtsextremisten der kroatischen HDZ gegen reaktionäre serbische Nationalisten

Die Serben haben jedoch kein Monopol auf reaktionären nationalen Chauvinismus. Als die kroatische Demokratische Union (HDZ) die Regierung übernahm, entließ sie alle Serben aus Regierungsposten. Die HDZ holte auch die alten Symbole der pro-Nazi Ustascha-Regierung der 40er Jahre wieder hervor, die Hunderttausende von Juden, Roma und Serben während des Zweiten Weltkrieges umbrachte. In der kroatischen Hauptstadt Zagreb benannte dann das HDZ-Regime auch prompt den Platz der Opfer des Faschismus um in "Platz der kroatischen Helden". Angehörigen der serbischen Minderheit, die 12% der Bevölkerung der kroatischen Republik ausmachen, wurde befohlen, einen Loyalitätseid auf das neue Regime zu leisten.

Als die Spannungen zwischen Zagreb und Belgrad kurz vor dem Kriegsausbruch eskalierten, wurden Serben in Kroatien von der Polizei willkürlich von den Straßen zum Verhör aufgegriffen; Serben mit Eigentum in Kroatien wurden mit diskriminierenden Extrasteuern belegt. Als Antwort begann die serbische Bevölkerung von Lostrennung zu reden. Als Milosevic 1990 Kosovo unterdrückte, verbot das Regime in Zagreb seinerseits eine vorgeschlagene Volksabstimmung über die Autonomie der sechs Distrikte, in denen die Serben in der Mehrheit sind. Im März 1991 proklamierten die serbischen Führer in der Krajina, unterstützt von Milosevic, eine "serbische autonome Region" innerhalb Kroatiens. In Krajina und Slawonien, im östlichen Serbien, traten serbische paramilitärische Guerilla-Einheiten in Aktion und versuchten, Enklaven aus Kroatien herauszutrennen.

Ende Juni 1991 erklärten Slowenien und Kroatien ihre Unabhängigkeit von der Föderation. Die Slowenen sicherten ihre Unabhängigkeit, indem sie im nächsten Monat erfolgreich die Bundesarmee zurücktrieben. Wenige Monate später erklärten die kroatischen und moslemischen Volksgruppen in Bosnien-Herzegowina ebenfalls ihren Willen zur Loslösung. Die Europäische Gemeinschaft (EG) und die USA erkannten Bosnien-Herzegowina im April an. Als daraufhin die von der jugoslawischen Armee gestützte serbische Minderheit versuchte, sich von der gerade unabhängig gewordenen Republik abzutrennen, brach eine Welle von interkommunalen Kämpfen aus.

Der Konflikt zwischen Kroatien und Serbien wurde nach monatelangen zunehmenden Zusammenstößen im August 1991 bitterer Ernst. Zahlreiche von der EG ausgehandelte Waffenstillstände wurden von beiden Seiten gebrochen. Eine Weile schien es möglich, daß die jugoslawische Bundesarmee eine quasi unabhängige Rolle spielen, zwischen den nationalistischen Tendenzen balancieren und diesen entgegenwirken könne. Vom Generalstab der Armee waren sogar Töne zu hören über die Notwendigkeit, Jugoslawiens "föde-

Kapitalistische Restaurateure Milosevic und Tudjman: Feinde bei der Aufteilung Jugoslawiens - einig in der Unterdrückung der Arbeiterklasse

behalten und Investitionen und Gehälter selbst zu bestimmen. Investitionsfonds, die bis zu diesem Zeitpunkt durch zentrale Planungsinstitutionen zugeteilt worden waren, wurden nun durch Banken ausgezahlt, die den Auftrag hatten, dort zu investieren, wo die Rückzahlungsrate am höchsten war.

Diese Markt-"Reformen" untergruben die wirtschaftliche Basis des deformierten Arbeiterstaates. In den ökonomisch rückständigeren Regionen des Landes, im Kosovo, einem Großteil Serbiens, Montenegro und Makedonien, sanken die Investitionen. Die wachsenden Ungleichheiten zwischen den Gründer-Republiken Jugoslawiens verstärkten das Wiederaufleben der nationalen Gegensätze. Der Versuch, Marktmechanismen einzuführen, schuf gleichzeitig eine Schicht von wohlhabenden kleinbürgerlichen Unternehmern mit Verbindungen zum ausländischen Kapital, die danach strebten, die Ausbeutungsmöglichkeiten auszuweiten. Das Auftauchen dieser sozialen Schicht übte eine mächtige Anziehungskraft auf einen Teil der BKJ-Bürokratie aus und half dem kleinbürgerlichen prokapitalistischen Nationalismus wieder aufzuleben.

Alarmiert durch das Anwachsen solcher Elemente änderte das Regime in den frühen 70er Jahren seinen Kurs und versuchte, die restaurativen Kräfte, die von der ökonomischen Liberalisierung freigesetzt worden waren, zu unterdrücken. Es wurde ein erfolgloser Vorstoß unternommen, viele der Änderungen, die 1965 eingeführt worden waren, wieder zurückzunehmen, ohne aber den Versuch aufzugeben, Marktkräfte und sozialisiertes Eigentum miteinander zu verschmelzen. Die Wachstumsrate der jugoslawischen Ökonomie fiel weiter. Das jährliche Netto-Wachstum sank von 6,5% im Jahre 1970 auf 3,6% am Ende des Jahrzehnts. Mittlerweile gab es fast 100% mehr Importe als Exporte.

Das Regime versuchte, diese Probleme durch massive Anleihen auf dem internationalen Markt zu vertuschen: Zwischen 1970 und 1980 stiegen die jugoslawischen Auslandsschulden von 2,4 auf 11 Milliarden Dollar. Schuldenrückzahlungen entzogen dem Land wertvolle Ressourcen; sie flossen direkt in die Taschen der internationalen Finanziers und vertieften damit die wirtschaftliche Krise. In den 80er Jahren verzeichnete die jugoslawische Ökonomie einen Schrumpfungsprozeß. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts fiel das Nettowachstum der Arbeitsproduktivität um 1% pro Jahr.

Im Jahre 1983, aufgeschreckt durch die sich verschlechternde Wirtschaft, nahm die "Kommission für ökonomische Stabilisierung" der Bundesregierung - unter Aufsicht des Weltwährungsfonds - ein Austeritätsprogramm an, das die Unternehmen förderte, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig waren. Diese Maßnahme vergrößerte die Spannungen innerhalb der Föderation noch weiter, da Kroatien und Slowenien, die über den Großteil der exportfähigen Unternehmen verfügten, einen unverhältnismäßig hohen Anteil der wirtschaftlichen Mittel erhielten. Trotz der Versuche des BKJ, die rückständigeren Regionen durch ein System von Transfer-Zahlungen zu entwikkeln, wuchsen die Ungleichheiten weiter. 1990 hatte Slowenien, Jugoslawiens wohlhabendste Republik, ein Pro-Kopf-Einkommen von etwa 7 000 Dollar - sieben Mal so hoch wie das im ethnisch albanischen Kosovo.

Der jugoslawische Weg in der Sackgasse

In den späten 80er Jahren standen das jugoslawische föderalistische System und die zentrale Staatsmacht kurz vor dem vollständigen Zusammenbruch. Das reale Pro-Kopf-Einkommen war in einem Jahrzehnt um 25% gefallen, das Finanzwesen bei einer jährlichen Inflationsrate bis zu 2 000% zusammengebrochen. Im Januar 1990 hielt der jugoslawische Bund der Kommunisten einen "außerordentlichen" vierzehnten Kongreß ab, auf dem er sein 45 Jahre währendes Machtmonopol aufgab und sich selbst de facto in seine verschiedenen nationalen Bestandteile auflöste.

Ante Markovic, der letzte Premierminister der Föderation, bemühte sich Jugoslawien zusammenzuhalten, indem er den gelähmten BKJ ignorierte und versuchte, die nominale Macht der Bundesregierung zu benutzen, um die kapitalistische Restauration auf schnellstmögliche Weise zu erreichen. Sein Austeritätsreform-Paket von 1990 zielte darauf ab, Subventionen der Regierung zu beschneiden und die Unternehmen in den internationalen Markt zu entlassen, damit diese sich dort entweder behaupten oder bankrott gehen sollten.

Es gelang Markovic, für eine kurze Zeit die Inflationsrate zu senken, indem er den Dinar an die Deutsche Mark koppelte. Andere "Reformen" schlossen die Erlaubnis für ausländische Kapitalisten ein, jugoslawische Banken und Unternehmen direkt zu kaufen und ihre Gewinne auszuführen. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen wären von Republik zu Republik sehr unterschiedlich gewesen. In Montenegro wären schätzungsweise 80% der Unternehmen bankrott gegangen, in Slowenien nur 10%. Die Ereignisse überrollten jedoch Markovics Versuche, den Kapitalismus in einem föderalistischen Jugoslawien zu restaurieren, und die Desintegration des föderalistischen Staates schuf das Szenario für einen anderen Weg zur kapitalistischen Restauration.

Als die zentrale Autorität zerfaserte, beschleunigte sich notwendigerweise der Prozeß der wirtschaftlichen Zersplitterung. Bei einer zunehmend machtloseren Bundesregierung waren die Republiken nun in der Lage, einer brutalen Konkurrenz untereinander freien Lauf zu lassen. Um ihre Aktivitäten zu finanzieren, druckten die Republiken einfach mehr Geld. Zollgrenzen entstanden zwischen den Republiken, als Serbien 50% Zoll auf alle in Kroatien und Slowenien produzierten Güter erhob. Die industrielle Produktion schrumpfte um 23% im Jahre 1990 und fiel um das Gleiche in der ersten Hälfte 1991. Seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Serbien und Kroatien hat es keine verläßlichen Statistiken gegeben. Die wirtschaftliche Situation hat sich jedoch in fast allen Republiken weiter drastisch verschlechtert.

Die Bundesregierung löst sich auf

Der wirtschaftliche Zusammenbruch beschleunigte die Desintegration der zerbrechlichen, föderalistischen politischen Struktur. Im Laufe des Jahres 1990 erklärte eine Republik nach der anderen, daß ihre Gesetze nun über denen der föderalistischen Autoritäten ständen und fingen an, Zahlungen an die Zentralregierung einzustellen. Wahlen in Slowenien und Kroatien im April bzw. Mai 1990 brachten antikom-

... Jugoslawien

Fortsetzung von Seite 16

Dies gab ihnen ein Maß an Unabhängigkeit, das keiner der von der Sowjetunion abhängigen Staaten in Osteuropa besaß. Jugoslawiens Beharren, die eigene Außenpolitik zu bestimmen, führte 1948 zu einem Bruch mit der UdSSR. Um wirtschaftliche "Hilfe" zu bekommen, wandte sich Tito schnell an die amerikanischen und deutschen Imperialisten. Die imperialistischen Kräfte waren hocherfreut, der Bitte nachzukommen, um so die Spaltung zwischen Belgrad und Moskau zu vertiefen und Kontrolle über die jugoslawische Wirtschaft zu gewinnen. Zwischen 1948 und 1962 erhielt Jugoslawien etwa 2 Milliarden Dollar an wirtschaftlicher und militärischer Hilfe von den USA (Politische Berichte 6/15.03.91).

Jahrelang rührte Belgrad die Propagandatrommel vom eigenen und erfolgreichen "jugoslawischen Weg" zum Sozialismus. Die Herrschaft der jugoslawischen Stalinisten war generell weniger restriktiv als die in der Sowjetunion oder China; es gab eine geringere Beschränkung der Redefreiheit und sogar einen begrenzten Spielraum für die Beteiligung der Arbeiter an Entscheidungen im Betrieb. Der grundsätzliche Widerspruch zwischen den Eigentumsformen einerseits und der Herrschaft der parasitären Bürokratie andererseits zerstörte jedoch schließlich den deformierten Arbeiterstaat Jugoslawien.

Jugoslawiens herrschende bürokratische Kaste versuchte, ihr politisches Monopol und ihren privilegierten Lebensstandard durch die Aussöhnung mit dem Imperialismus zu erhalten, während sie ihre eigenen nationalen Interessen auf Kosten der internationalen Arbeiterklasse verfolgte. Das kollektivisierte Eigentum, von dem die titoistische Bürokratie letztendlich abhing, wurde jedoch durch die restaurativen sozialen Kräfte untergraben, die vom Druck des Weltimperialismus hervorgebracht wurden.

Die tiefen wirtschaftlichen Widersprüche, die zum Ausbruch der gegenwärtigen nationalistischen Kriege führten, resultieren aus vier Jahrzehnten stalinistischer Mißherrschaft und wirtschaftlicher Stümperei. Nachdem Tito ursprünglich Stalins hyperzentralistischer UdSSR gefolgt war, begann er in den frühen 50er Jahren die Dezentralisierung der wirtschaftlichen Kontrolle und nannte das Arbeiterselbstverwaltung. Dies rief zwar zentrifugale Tendenzen in der Wirtschaft hervor, die jedoch teilweise durch die Beibehaltung der zentralen Kontrolle über die Investitionen in Schach gehalten wurden. In den 50er Jahren und Anfang der 60er Jahre betrug die jährliche Wirtschaftswachstumsrate durchschnittlich 8%.

Zickzacks auf dem "jugoslawischen Weg"

1965, als sich die Produktivität zu verlangsamen begann und das Handelsdefizit und die Inflation anstiegen, führte Belgrad eine bedeutende marktorientierte "Reform" ein, die darauf abzielte, dem Markt die Festsetzung der Preise und Investitionen zu ermöglichen. Ausländischen Firmen wurde eine Beteiligung bis zu 49% an jugoslawischen Unternehmungen erlaubt. Letzteren wurde gestattet, ihre Einnahmen zu